



Antrag

der Fraktion der CDU

Existenz der Ostseefischer erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen des begonnenen Dialogprozesses mit den Küstenfishern, auf ein zeitlich befristetes Verbot der Stellnetzfischerei ebenso zu verzichten wie auf weitere Fangverbotszonen. Diese zeitlich und fast flächendeckend wirksamen Einschränkungen bedrohen die 140 Fischereibetriebe der schleswig-holsteinischen Ostseefischerei in ihrer Existenz.

Stattdessen gilt es, an den im Dezember 2012 in Heiligenhafen erzielten Konsens - zwischen Umweltminister und Fischern - anzuknüpfen. Auch nach skandinavischen Studien stellt die Stellnetzfischerei unverändert die ökologischste Form der Fischerei dar. Der in Teilen berechnigte Anspruch auf einen stärkeren Schutz von Schweinswalen und Meeresenten darf nicht als Argument missbraucht werden, um überzogene Forderungen durchzusetzen.

Die Landesregierung bleibt aufgefordert, einen Kompromiss auszuloten, der sowohl dem verstärkten Schutz von Schweinswalen und Meeresenten Rechnung trägt, als auch die Zukunft der Küstenfischerei sicherstellt. Dabei könnte das jüngst entwickelte PAL-Warngerät in definierten Gebieten für Fischer vorgeschrieben werden.

Heiner Rickers

Klaus Jensen

und Fraktion